

**Zeitschrift:** Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES  
**Band:** - (2015)  
**Heft:** 1: Bundesbern unter Strom  
  
**Artikel:** Energiestrategie 2050 : wo bleibt der Atomausstieg?  
**Autor:** Brunner, Florian  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-586102>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 19.10.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Energiestrategie 2050 – wo bleibt der Atomausstieg?

**Im Nationalrat wurde das erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050 beraten. Die Zwischenbilanz der SES fällt gemischt aus: Ein echter Atomausstieg liegt nicht vor und die Förderung der erneuerbaren Energien wird nur zaghafte verstärkt. Jetzt ist der Ständerat gefordert: Er muss die Versäumnisse von Bundesrat und Nationalrat korrigieren. Ein echter Atomausstieg bedeutet eine Begrenzung der AKW-Laufzeiten auf 40 Jahre sowie Planbarkeit und Investitionssicherheit für erneuerbare Energien und Energieeffizienz.**



Von **FLORIAN BRUNNER**  
SES-Projektleiter Fossile Energien & Klima,  
florian.brunner@energiestiftung.ch

Während mehr als 20 Stunden hat der Nationalrat über das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 debattiert. Beim Atomausstieg hat der Nationalrat komplett versagt. Er entschied sich für eine völlig inakzeptable Variante und hat es verpasst, mit klaren und verbindlichen Laufzeitbegrenzungen die nuklearen Risiken endlich zu reduzieren. Damit fehlen der Energiewende vor allem auch die notwendige Planbarkeit und Rechtssicherheit.

Auf den folgenden Seiten sowie in der vorangehenden Infografik ziehen wir Bilanz zur Energiedebatte im Erstrat. Darauf aufbauend stellen wir unsere Forderungen an den Ständerat, bei dessen Energiekommission das Paket nun behandelt wird.

## Analyse der Entscheidungen mit den Tops und Flops

Die gute Nachricht zuerst: Nach dem Willen des Nationalrats soll es in der Schweiz keine neuen AKW mehr geben. Das Neubauverbot wurde mit 115 Stimmen zu 77 Stimmen klar angenommen.

Dann die schlechte Nachricht: Eine generelle Laufzeitbeschränkung für die laufenden AKW lehnte die grosse Kammer ab. Zwar ist für die Uralt-AKW Mühleberg und Beznau eine Befristung auf 60 Jahre vorgesehen, Leibstadt und Gösgen hingegen können dank Langzeitbetriebskonzept praktisch unendlich lange weiter betrieben werden. Das ist ein absolut gefährliches Spiel mit dem Feuer auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung! Das Fazit der SES zur Behandlung der Energiestrategie 2050 im Nationalrat: einige Tops mit Verbesserungspotenzial, bei den entscheidenden Punkten viele Flops.

**Beachten Sie dazu auch die Infografik auf den Seiten 4+5 mit den Tops und Flops zur Energiedebatte im Nationalrat.**

## Energiestrategie 2050 im Nationalrat: die Tops

■ **Auf die Vorlage eintreten:** Immerhin, die zwei ersten Hürden wurden zu Beginn umschifft, indem mit 135 zu 55 Stimmen auf die Vorlage eingetreten wurde. Die SVP wollte das Thema gar nicht erst diskutieren. Ausserdem wurde ein Rückweisungsantrag mit 108 zu 80 Stimmen abgelehnt (die FDP wollte die Energiestrategie nur als Gesamtpaket inklusive Strommarktöffnung und Lenkungsabgabe behandeln).

■ **AKW-Neubauverbot:** Allein aus wirtschaftlichen Gründen lässt sich heute kein neues AKW mehr ohne staatliche Subventionen und Garantien bauen. Dennoch ist es eine weise Entscheidung, dass sich eine Mehrheit dafür aussprach, für neue AKW keine Rahmenbewilligungen zu erteilen.

■ **Reduktion des Energieverbrauchs:** Das erklärte Ziel der Energiestrategie, den Stromverbrauch bis 2035 um 13% und den Gesamtenergieverbrauch pro Person sogar um 43% zu reduzieren, wurde mit 105 zu 82 Stimmen (bei 5 Enthaltungen) angenommen. Das sind ambitionierte Ziele (neu als «Richtwerte» bezeichnet) und ist ein guter Start Richtung Energiewende.

■ **Erhöhung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV):** Der Nationalrat will die KEV-Abgabe von heute 1,5 auf maximal 2,3 Rappen pro Kilowattstunde erhöhen. Das würde jährlich zusätzlich mehr als eine Milliarde Franken bringen, die zur Förderung von erneuerbaren Energie-Anlagen zur Verfügung steht. Das ist nicht genug, um die bestehende Warteliste abzubauen, doch immerhin eine Verbesserung des Status quo. Eine Mitte-rechts-Minderheit ist mit ihrem Antrag gescheitert, die KEV bei 1,5 Rappen zu belassen. Und die SVP ist mit ihrem Antrag auf Streichung der KEV-Artikel ebenfalls gescheitert. Sie stellte sich grundsätzlich gegen das Fördersystem KEV.

■ **Neues Bonus-Malus-Modell:** Heute ist es für die Energieversorger nicht interessant, Stromsparen zu fördern. Denn sie verdienen ja ihr Geld mit dem Ver-



kauf von Strom. Der Nationalrat stimmte nun aber mit 117 gegen 73 Stimmen einem Minderheitsantrag zur Einführung eines Bonus-Malus-Modells zu. Das Modell setzt jedoch bei den Netzbetreibern an – also den Endverteilern. Sie sollen Zielvorgaben erhalten. Wenn sie das Stromsparziel übertreffen, erhalten sie einen Bonus, sonst müssen sie einen Malus entrichten.

■ **Ein (leicht) verbessertes CO<sub>2</sub>-Gesetz im Gebäudebereich:** Künftig sollen statt 300 neu 450 Mio. Franken für die energetische Sanierung von Gebäuden zur Verfügung stehen (SVP und FDP scheiterten mit ihrem Antrag, die heutige Obergrenze zu belassen). Diese Mittel sollen im Rahmen des Gebäudeprogramms neben Gebäudehüllen- und Heizungssanierungen neu auch für Gebäudetechniksaniierungen eingesetzt werden, ein Bereich mit grossem Effizienzpotenzial.

### Energiestrategie 2050 im Nationalrat: die Flops

■ **Fehlende Abschaltzeiten für AKW:** Die AKW müssen ab dem 40. Betriebsjahr ein Langzeitbetriebskonzept vorlegen. Bei den über 40-jährigen Reaktoren Mühleberg und Beznau wird dies erst nach 50 Jahren verlangt und die Laufzeit kann nur einmal verlängert werden. Die noch nicht 40-jährigen AKW Gösgen und Leibstadt können das Prozedere alle zehn Jahre wiederholen. Das heisst, dass Mühleberg und Beznau maximal 60 Jahre, Gösgen und Leibstadt theoretisch unbeschränkt laufen können. Die NationalrätInnen haben ihr Wahlversprechen von 2011 ganz offensichtlich vergessen und sich für einen halben Atomausstieg entschieden. Ausserdem wurde ein Minderheitsantrag von BKW-Verwaltungsratspräsident Urs Gasche (BDP) knapp angenommen, mit dem die gesetzliche Grundlage für Entschädigungen der AKW-Betreiber offen gelassen wird. Damit stünde den Betreibern der Weg frei, bei einer von der Atomaufsicht ENSI erzwungenen Abschaltung auf Entschädigung zu klagen.

■ **Fehlende Treibstoff-Abgabe:** Nach wie vor soll keine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffe erhoben werden. Und der Absenkpfad bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen von Neuwagen bleibt ohne Biss: 2013 lag der Durchschnitt bei 145 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer. Ende 2020 dürfen neue Personautos noch 95 Gramm CO<sub>2</sub>/km ausstossen (bei Lieferwagen und leichten Sattelschleppern sind es 147 Gramm CO<sub>2</sub>). Die Werte liegen im Einklang mit den EU-Zielen, sind aber wenig ambitioniert.

■ **Fehlende Erhöhung der Brennstoff-Abgabe:** Die Abgabe von heute 60 Franken pro Tonne Heizöl sollte laut Bundesrat auf 84 Franken erhöht werden. Der Nationalrat folgte jedoch dem Mehrheitsvorschlag, diese Erhöhung zu streichen. Für das Erreichen der Klimaziele wäre eine Abgabe von mindestens 150 Franken pro Tonne notwendig.

Der Nationalrat hat es  
verpasst, den Atomausstieg  
zu besiegeln.



■ **Zu tiefe Ausbauziele:** In der Energiestrategie 2050 werden Ziele, bzw. so genannte «Richtwerte», für den Ausbau neuer erneuerbarer Energien definiert. Diese sind aber zu tief, der Nationalrat hat sich gemäss Vorgaben des Bundesrates für einen Zubau bis 2035 von 14'500 GWh entschieden, und nicht, wie es notwendig wäre, für 25'000 GWh erneuerbaren Strom. Zum Vergleich: Die Schweiz verbraucht heute rund 60'000 GWh Strom, rund 40% davon stammen aus AKW.

■ **Begrenzte KEV:** Der maximale Zuschlag für die KEV soll 2,3 Rappen pro Kilowattstunde betragen. Die Erhöhung ist begrüssenswert, grundsätzlich ist eine Begrenzung aber nicht sinnvoll, denn so wird der Ausbau der erneuerbaren Energien unnötig blockiert. Der Deckel muss ganz weg.

■ **Fokus auf Strom:** Immer noch liegt der Hauptfokus im ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie auf dem Bereich Strom. Der Stromverbrauch macht aber nur einen Viertel des Gesamtenergieverbrauchs der Schweiz aus. Drei Viertel fallen im Wärme- und Mobilitätsbereich an und stammen zu 90% aus fossilen Quellen. 100% der fossilen Energien, welche die Schweiz verbraucht, müssen in die Schweiz importiert werden. 75% des in die Schweiz importierten Rohöls stammen aus den politisch instabilen Ländern Libyen, Nigeria und Algerien. Die Schweiz sollte sich aus der Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas so schnell wie möglich lösen. <

### Die SES-Forderungen an den Ständerat

In der Gesamtabstimmung bejahte der Nationalrat die umfangreiche Energiestrategie deutlich mit 110 zu 84 Stimmen (1 Enthaltung). Die Vorlage liegt nun beim Ständerat, bzw. der vorberatenden Energiekommission UREK-S.

Die SES fordert von den Mitgliedern der UREK-S und dem Ständerat, dass sie sich mit Vehemenz für einen echten Einstieg in die Energiewende und für einen ganzen Ausstieg aus der Atomenergie einsetzen. Es braucht klare Rahmenbedingungen für mehr einheimische Wertschöpfung und Energieunabhängigkeit. Die Förderung der erneuerbaren Energien muss klar verstärkt werden. Und es braucht eine Laufzeitbefristung für alle AKW in der Schweiz auf maximal 40 Jahre. Die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung darf nicht fahrlässig aufs Spiel gesetzt werden!